

Sozialstaat: Kürzungsdebatte als Konjunkturrisiko

Die dunklen Wolken am Konjunkturhimmel scheinen sich etwas zu lichten. Wie das Statistische Bundesamt kürzlich mitteilte, konnte das Bauhauptgewerbe im November letzten Jahres [deutlich mehr Aufträge](#) verzeichnen. Und auch wenn die Industrieproduktion im Dezember leicht abflaute, blieb über das vierte Quartal gesehen [ein Plus von 1 Prozent](#) gegenüber den drei Vormonaten. Doch man kann den Aufschwung auch regelrecht konterkarieren. Im Wochentakt werden Angriffe auf den Sozialstaat gefahren und so ökonomische wie soziale Unsicherheit bei den Menschen geschürt.

Generalangriff auf den Sozialstaat

Da fordert eine Lifestyle-Staatssekretärin, das Teilzeitrecht einzukassieren. Da werden Beschäftigte als [krankfeiernde Faulenzer diffamiert](#) und einer Einschränkung der Lohnfortzahlung bei Krankheit das Wort ge redet. Da hat ein [Wirtschaftsrat die Chuzpe](#), Kürzungen bei der Rente und Teilprivatisierungen der Sozialversicherungen als im Interesse der Arbeitnehmerschaft zu verkaufen. Allen diesen Vorschlägen ist gemein, dass sie soziale Errungenschaften als zu teuer und Hemmnis für den Wirtschaftsaufschwung brandmarken.

Verzerrte Debatte über Sozialausgaben

Fakt ist: Die [Sozialausgaben in Deutschland](#) sind international und im historischen Vergleich weder übermäßig groß noch auffällig gewachsen. Von 2009 bis 2019 verlief ihr Anstieg [gleichmäßig mit der Wirtschaftsleistung](#). Erst als es im Zuge von Corona-Pandemie und Energiepreisschock zur Rezession kam, hat eine gewisse Entkopplung stattgefunden. Dabei handelt es sich aber um eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit. Geht das Bruttoinlandsprodukt zurück, führen schon konstante Sozialleistungen rein mathematisch zu einer höheren Sozialstaatsquote. Das Wirtschaftswachstum fehlt zuerst, nicht umgekehrt.

Ausgaben für Rente rückläufig

Ein Detailblick zeigt indes, wie sich die Sozialausgaben entwickelt haben. Relativ zur Wirtschaftsleistung sind die Kosten für die Rentenversicherung in den vergangenen zwanzig Jahren sogar gesunken,

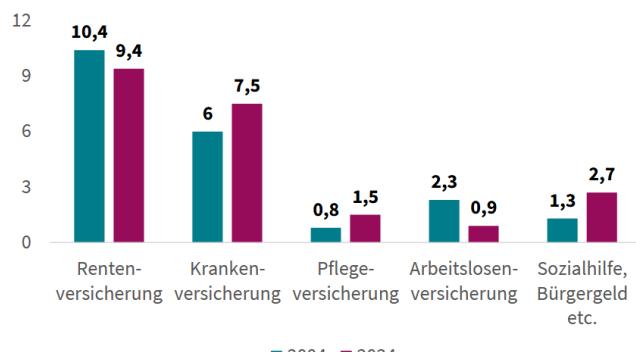
während sie bei Arbeitslosenversicherung, Bürgergeld und Sozialhilfe in Summe unverändert blieben. Kostensteigerungen gab es hingegen bei der gesetzlichen Krankenversicherung (siehe Grafik). Da die Gesundheitsresultate aber nur durchschnittlich ausfallen, ließe sich über Qualitätsverbesserungen trefflich streiten. Nur wäre diese eine völlig andere als die derzeit geführte Diskussion.

Unsicherheit schadet Konjunktur

Denn der ständige Ruf von Arbeitgebern und konservativen Kräften nach harten Einschnitten ist längst zum Konjunkturrisiko geworden. Er verbreitet Verunsicherung und sorgt dafür, dass die priva-

Entwicklung der verschiedenen Sozialausgaben

– Angaben in Prozent des BIP –



Quelle: IMK 2025; eigene Darstellung

65 %
der Wahlberechtigten lehnen die Abschaffung der abschlagsfreien Rente ab

ten Haushalte ihre Konsumausgaben drosseln. Zudem wird verkannt, dass der Sozialstaat die Kaufkraft in der Bevölkerung stärkt und damit mehr Inlandsnachfrage generiert. Angesichts unsicherer Exportaussichten ist das wichtiger denn je.

Sozialstaat ist nicht das Problem

Fazit: Die Attacken auf den Sozialstaat sind abenteuerlich. Er ist keineswegs ausgeufert, aber als zentraler Sicherheitsanker gesellschaftlich unverzichtbar. Die gegenwärtige Scheindebatte gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung und bringt kein Wachstum. Stattdessen wird so nur abgelenkt von Herausforderungen wie [Investitionen](#) in Infrastruktur, Transformation und Bildung, mangelnder [Tarifbindung](#) und einer ungerechten [Steuerpolitik](#).